Die Wörter des Jahres

Der sprachliche Jahresrückblick „Wörter des Jahres“ wurde zum erstenmal 1972 veröffentlicht und wird seit 1978 im Sprachdienst, herausgegeben von der Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden), regelmäßig publiziert. Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen („verbale Leitfossilien“ eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.

Vorab wird jeweils im Dezember von einer Fachjury die Auswahl der Spitzenwörter vorgenommen und der Presse vorgestellt. (Die Jury besteht aus dem Hauptvorstand der Gesellschaft für deutsche Sprache, dem Autor/der Autorin des „Sprachdienst“-Aufsatzes und den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der GfdS).

Die Wörter des Jahres

Der sprachliche Jahresrückblick „Wörter des Jahres“ wurde zum erstenmal 1972 veröffentlicht und wird seit 1978 im Sprachdienst, herausgegeben von der Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden), regelmäßig publiziert. Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen („verbale Leitfossilien“ eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.

Vorab wird jeweils im Dezember von einer Fachjury die Auswahl der Spitzenwörter vorgenommen und der Presse vorgestellt. (Die Jury besteht aus dem Hauptvorstand der Gesellschaft für deutsche Sprache, dem Autor/der Autorin des „Sprachdienst“-Aufsatzes und den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der GfdS).

Die Wörter des Jahres

Der sprachliche Jahresrückblick „Wörter des Jahres“ wurde zum erstenmal 1972 veröffentlicht und wird seit 1978 im Sprachdienst, herausgegeben von der Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden), regelmäßig publiziert. Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen („verbale Leitfossilien“ eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.

Vorab wird jeweils im Dezember von einer Fachjury die Auswahl der Spitzenwörter vorgenommen und der Presse vorgestellt. (Die Jury besteht aus dem Hauptvorstand der Gesellschaft für deutsche Sprache, dem Autor/der Autorin des „Sprachdienst“-Aufsatzes und den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der GfdS).

Die Wörter des Jahres

Der sprachliche Jahresrückblick „Wörter des Jahres“ wurde zum erstenmal 1972 veröffentlicht und wird seit 1978 im Sprachdienst, herausgegeben von der Gesellschaft für deutsche Sprache (Wiesbaden), regelmäßig publiziert. Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen („verbale Leitfossilien“ eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.

Vorab wird jeweils im Dezember von einer Fachjury die Auswahl der Spitzenwörter vorgenommen und der Presse vorgestellt. (Die Jury besteht aus dem Hauptvorstand der Gesellschaft für deutsche Sprache, dem Autor/der Autorin des „Sprachdienst“-Aufsatzes und den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der GfdS).

Die Wörter des Jahres von 1977–2002

1971	aufmüpfig
1977	Szene
1978	konspirative Wohnung
1979	Holocaust
1980	Rasterfahndung
1981	Nulllösung
1982	Ellenbogengesellschaft
1983	Heißer Herbst
1984	Umweltauto
1985	Glykol
1986	Tschernobyl
1987	Aids, Kondom
1988	Gesundheitsreform
1989	Reisefreiheit
1990	die neuen Bundesländer
1991	Besserwessi
1992	Politikverdrossenheit
1993	Sozialabbau
1994	Superwahljahr
1995	Multimedia
1996	Sparpaket
1997	Reformstau
1998	Rot-Grün
1999	Millennium
2000	Schwarzgeldaffäre
2001	der 11. September
2002	Teuro

Wort des Jahres 2003: „Das alte Europa“

Weitere Kandidaten waren:

- Agenda 2010
- Reformstreit
- Sars
- eingebettete Journalisten
- Maut-Desaster
- Steuerbegünstigungsabbaugesetz
- Jahrhundertglut
- googeln
- Alcopops
- „Deutschland sucht den Superstar“

Unwort des Jahres 1991: „ausländerfrei“

Die Parole „Ausländerfrei!“, besonders bekanntgeworden bei brutalen Angriffen auf eine Ausländerunterkunft in Hoyerswerda, ist schon für sich gesehen eine zynische Koppelung des Grundworts „frei“ mit einer Benennung für Menschen, an deren Stelle sonst überwiegend Kennzeichnungen sächlicher Gefahrenquellen stehen (z.B. „atomwaffen-, staub-, unfall-frei“). Diese spezifische Verbindung hat aber leider auch eine böse deutsche Tradition, die vor 1945 in der Wortbildung „judenfrei“ gipfelte. In diese Tradition reiht sich „ausländerfrei“ formal wie semantisch nahtlos ein.

Weitere Kandidaten waren: „durchrasste Gesellschaft“ (Mischung von Deutschen mit Ausländern; Edmund Stoiber), „intelligente Waffensysteme“ (aus der Golfkriegsberichterstattung) „Personalentsorgungen“ (für Entlassungen), „Warteschleife“ (Phase sozialer Unsicherheit von Arbeitskräften in den östlichen Bundesländern).

Unwort des Jahres 1992: „Ethnische Säuberung“

Für diese Beschönigung schlimmster Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung und Massenmord sind zunächst einmal die Urheber in den Bürgerkriegsparteien auf dem Balkan verantwortlich. Aber die Beobachtung, dass zahlreiche deutsche Medien diese Propagandaformel in ihrer Übersetzung ohne jede kritische Distanz weiterverwendeten, hat die Jury zu ihrer Unwort-Rüge veranlasst. Zeitungen verwendeten den Begriff ohne Anführungszeichen, in Hörfunksendungen wurde noch nicht einmal ein distanzierendes „sogenannt“ verwendet – als handle es sich um eine beliebige Hygienemaßnahme. Im sprachlichen Missbrauch von Hygieneidealen ist „ethnische Säuberung“ auf einer Stufe mit „Rassenhygiene“ und „politischer Säuberung“ zu sehen.

Weitere Kandidaten waren: „weiche Ziele“ (militärische Umschreibung für Menschen), „abklatschen“ (tätliche und tödliche Angriffe auf Ausländer), „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ (Abschiebungen im sog. Asylkompromiß; GG Art. 16a), „Beileidstourismus“ (für Trauerkundgebungen anlässlich der Morde von Mölln)

Unwort des Jahres 1993: „Überfremdung“

Ausschlaggebend für die Kritik an diesem auf den ersten Blick harmlos erscheinenden Wort war die Feststellung, dass „Überfremdung“ nach wie vor im Sinne einer rassistischen Uminterpretation verwendet wird. Bis 1934 war „Überfremdung“ ein rein betriebswirtschaftlicher Terminus (= zuviel fremdes Geld in einem Unternehmen), danach musste der Rechtschreib-Duden die Interpretationen „Eindringen Fremdrassiger“ und „Eindringen fremden Volkstums“ (1941) aufnehmen. Durch diese Sprachlenkungsmaßnahme wurde die betriebswirtschaftliche Ausgangsbedeutung schließlich völlig verdrängt, und „Überfremdung“ wurde zur Stammtischparole, die auch die undifferenzierteste Fremdenfeindlichkeit „argumentativ“ absichern soll.

Weitere Kandidaten waren: „kollektiver Freizeitpark“ (Unterstellung einer sozialpolitischen Wunschvorstellung: Helmut Kohl), „schlanke Produktion“ (Unternehmensstrategie mit Arbeitsplatzvernichtung), „Selektionsrest“ (für schwerstbehinderte Kinder, dir nicht in „Normalklassen“ integriert werden können)

Unwort des Jahres 1994: „Peanuts“

Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, bezeichnete im April 1994 auf einer Pressekonferenz Verluste in Höhe von ca. 50 Mio DM, die durch den Bankrott des Bau- und Immobilienkonzerns Schneider entstanden waren, als „Peanuts“, also als unwichtige Größe. Da es sich dabei aber vor allem um Gelder handelte, die kleineren und mittleren Firmen für schon erbrachte Leistungen zustanden, war diese Qualifizierung außerordentlich zynisch, weil die Außenstände etliche Firmen an den Rand des Ruins brachten. Die Entschuldigung Koppers auf einer Aktionärsversammlung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass finanzielle Probleme, die für den Durchschnittsbürger existenzbedrohend wären, in Finanzkreisen auch sonst gern als „Peanuts“ abgetan werden, wobei zu bedenken ist, dass Banken zu einem wesentlichen Teil von geliehenem Geld, auch von Kleinsparern, leben, die sich durch einen derartigen Wortgebrauch zutiefst missachtet fühlen müssen. Der verbale Ausrutscher Koppers war also nur im Hinblick auf die Höhe der Verluste einmalig; er hat durchaus seine Basis im kaltschnäuzigen Umgang mit Problemen anderer und offenbart damit eine grundsätzlich inhumane Haltung.

Weitere Kandidaten waren: „Besserverdienende“ (Pseudodefinition für neue staatliche Einnahmequellen), „Dunkeldeutschland“ (Ironismus für östliche Bundesländer), „Freisetzungen“ (für Entlassungen).

Unwort des Jahres 1995: „Diätenanpassung“

Die Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete 1995 (die beinahe zu einer „Anpassung“ des Grundgesetzes geführt hätte) hatte in jenem Jahr viele Wochen die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt. Der Zorn über die Absichten und Beschlüsse einer Bundestagsmehrheit unter Einschluss der sonst oppositionellen SPD schlug sich auch in den Einsendungen zur Unwort-Suche 1995 deutlich nieder: Die mit Abstand größte Gruppe von Zuschriften (153) hatte kaum zufällig „Diäten“ und „Diätenerhöhung“ als Unwörter vorgeschlagen. Dennoch lag hier (wie in anderen Fällen) eine Verwechslung von Sach- und Sprachkritik vor. Die Kritik an der Sache, hier der Diätenerhöhung, läßt sich nicht durch eine Schelte der dafür verwendeten (sachlich angemessenen) Wörter „Diäten/-erhöhung“ leisten. Eine wesentliche Absicht der Sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ ist die Rüge von sachlich grob unangemessenen Benennungen, also von Wörtern, die über den wahren Charakter einer Sache hinwegtäuschen (siehe Satzung). Für die Wahl zum „Unwort des Jahres“ kam nur ein Begriff in Frage, der den negativen Eindruck, den die Diätenerhöhung geweckt hat, durch eine verharmlosende Umschreibung herunterzuspielen versuchte. Eine solche Beschönigung (Euphemismus) liegt aber in der Koppelung von „Diäten“ mit dem scheinneutralen Wort „Anpassung“ vor. „Anpassung“ spiegelt (auch in vielen anderen Fällen; z.B. „Gebühren-, Preis-, Tarifanpassung“) eine fast naturnotwendige, unausweichliche Veränderung von finanziellen Forderungen im Hinblick auf neue Sachbedingungen vor (man vergleiche auch die Bedeutung von „Anpassung“ von Lebewesen an veränderte Umweltbedingungen im Darwinismus!).

Weitere Kandidaten waren: „Altenplage“ (Beleidigung der älteren Generation), „biologischer Abbau“ (Zynismus für Ausscheiden aus dem Arbeitsleben), „sozialverträglicher Stellen- /Arbeitsplatzabbau“ (schönfärberische Umschreibung für Entlassungen) „abfackeln“ (von Sachen und Menschen; jugendsprachl. zynische Gleichsetzung)

Unwort des Jahres 1996: „Rentnerschwemme“

Diese Wortbildung, die sich auf einen einzigen Aspekt der demographischen Veränderungen, die hohe Zahl zu versorgender Rentner, konzentriert, scheint auf den ersten Blick nicht so kritikwürdig wie das bereits für 1995 gerügte Unwort „Altenplage“ (seinerzeit auf Position 2). Dennoch erschien der Jury das mit „Renterschwemme“ vermittelte Bild noch gefährlicher, weil es nicht so deutlich mit dem Kampfbegriff „Plage“ operiert, sondern ein naturwüchsiges Ereignis beruft, das als solches unvermeidlich erscheint. Gleichzeitig aber weckt das Bild von der „Schwemme“ eine unterschwelliges Bedrohungsgefühl. Damit befindet es sich in schlechter Gesellschaft mit anderen unangemessenen Naturbildern im Umkreis sozialpolitischer Debatten. Erinnert sei u.a. an die „Asylanten-flut“, den „Schüler-berg“, den „Versorgungs-berg“ im öffentlichen Dienst (der seinerzeitige Innenminister Kanther strebte nach eigenen Worten eine „Untertunnelung des Versorgungsberges“ an) usw. Derartige Anleihen bei Naturerscheinungen lassen grundsätzlich verkennen, dass die bezeichneten Tatsachen Ergebnisse eines von Menschen zu verantwortenden Handelns, also nicht naturwüchsig sind. Das Bild von der „Rentnerschwemme“ verdrängt außerdem im engeren Rahmen der rentenpolitischen Debatte durch seine Einseitigkeit der Situationsbeschreibung die Tatsache, dass sich die allermeisten Angehörigen der als so bedrohlich gedeuteten älteren Generationen ihren Anspruch auf eine angemessene Altersversorgung in jüngeren Jahren selbst erarbeitet haben.

Weitere Kandidaten waren: „Flexibilisierung“ (Bezeichnung für eine betriebswirtschaftliche Strategie, die den Wert aktiver individueller „Flexibilität“ leugnet, diesen Begriff aber schönfärberisch ausbeutet), „Outsourcing“ (Imponierwort, das der Auslagerung/Vernichtung von Arbeitsplätzen einen seriösen Anstrich zu geben versucht), „Umbau des Sozialstaats“ (missbräuchliche Verwendung einer (Auf-)Baumetapher), „Gesundheitsreform“ (missbräuchliche Verwendung des positiv besetzten Begriffs „Reform“) „Sozialhygiene“ (höchst problematische Anwendung von Hygienevorstellungen auf soziale Sachverhalte; vgl. „Rassenhygiene“, „ethnische Säuberungen“)

Unwort des Jahres 1997: „Wohlstandsmüll“

Bereits 1996 hatte der damalige Verwaltungsratspräsident der Firma Nestlé, Helmut Maucher, in einem Interview Arbeitsunwillige wie Arbeitsunfähige als „Wohlstandsmüll“ bezeichnet:

> „... Wir haben einen gewissen Prozentsatz an Wohlstandsmüll in unserer Gesellschaft. Leute, die entweder keinen Antrieb haben, halb krank oder müde sind, die das System einfach ausnutzen ...“

In der Sendung „Späth am Abend“ des Nachrichtensenders n-tv am 26.10.1997 wurde ihm dieses Zitat vorgehalten, und Maucher schwächte die Äußerung ab, indem er sich darauf berief, nur „plastisch“ formuliert zu haben.

Seine spätere Einlassung, die Interviewäußerung sei in einer angespannten Atmosphäre zustandegekommen, war – wie der „Spiegel“ (11/1998, S. 112) feststellen konnte – auch nur eine Schutzbehauptung, da der Interviewtext vor seiner Veröffentlichung Maucher vorgelegen hatte.

Weitere Kandidaten waren: „Organspende“ (Pervertierung der Begriffe „Spende / spenden“ in der Transplantationsmedizin), „Blockadepolitik/-politiker“ (diffamierende Unterstellung einer argumentationslosen Verweigerungshaltung), „neue Beelterung“ (bürokrat. Umschreibung neuer Erziehungsberechtigter, die an die Stelle der leiblichen Eltern treten sollen)

Unwort des Jahres 1998: „sozialverträgliches Frühableben“

Diese Wortschöpfung wurde im Dezember 1998 vom Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, geprägt, als er Sparpläne der neuen Bundesregierung kritisieren wollte. Dabei hat er in mindestens zweifacher Hinsicht die Seriosität einer offiziellen Stellungnahme verfehlt: zum einen in der Umschreibung eines vorzeitigen Todes durch „Frühableben“, zum anderen in der Verbindung mit dem Wort „sozialverträglich“, das schon durch seinen Missbrauch in anderen Fällen eigentlich unbenutzbar erscheinen müsste. Kommt hinzu, dass Vilmar – wenn auch in ironischer Absicht – formuliert hat, Ärzte müssten sich überlegen, ob sie den vorzeitigen Tod von Patienten „fördern“ müssten. Hier schlägt Ironie und Satire endgültig in blanken Zynismus um, der eines Sprechers der Ärzteschaft unwürdig ist, zumal deutsche Ärzte bereits am Ende des 2. Weltkriegs vorzeitiges Sterben nach Therapie- und Medikamentenentzug als „Frühableben“ umschrieben hatten.

Weitere Kandidaten waren: „Belegschaftsaltlasten“ (Abfallmetapher für Mitarbeiter, die ein Betrieb gern wieder loswerden möchte), „Humankapital“ (als Bezeichung von Kindern), „Moralkeule“ (fatale Koppelung von „Moral“ und einem Totschlaginstrument; Martin Walser)

Unwort des Jahres 1999: „Kollateralschaden“

Dieser in deutschen Medien nur halb übersetzte Begriff aus der NATO-offiziellen Berichterstattung über den Kosovo-Krieg vernebelte auf doppelte Weise die Tötung vieler Unschuldiger durch NATO-Angriffe. „Kollateralschaden“ lenkte mit seiner imponierenden Schwerverständlichkeit vom schlimmen Inhalt dieser Benennung ab und verharmloste – auch und gerade wenn man den Begriff wörtlich nimmt – die militärischen Verbrechen in diesem nicht erklärten Krieg als belanglose Nebensächlichkeit (NATO-Englisch: „collateral damage“ = Randschaden). Nach Meinung der Jury trieb „Kollateralschaden“ die vielfältigen Versuche auf die Spitze, das Vorgehen auf dem Balkan in ein freundlicheres Licht zu rücken. Hierzu gehörte u.a. auch, Bombardements zu „Luftschlägen“ und den Krieg insgesamt zum bloßen Kosovo-„Konflikt“ herunterzuspielen. Dazu passt, dass Vertreibungen – zuletzt der Kosovo-Serben – als „Völkerverschiebung“ umschrieben werden konnten.

Keine weiteren Kandidaten.

Unwort des Jahres 2000: „national befreite Zone“

Diese Umschreibung rechtsextremistisch terrorisierter Gebiete und Orte ist in den östlichen Bundesländern, v. a. in Brandenburg und Sachsen, nicht erst seit 2000 bekannt, hat aber im Zuge eines allgemeineren Bewusstwerdens extremistischer Gefahren von Rechts im letzten Jahr bundesweite Aufmerksamkeit gefunden. Da dieser Begriff auch im Hörfunk verwendet wird, fehlen ihm als Zitatwort häufig die distanzierenden Anführungszeichen, wodurch sich dieses Unwort auch als „neutraler“ Begriff verbreiten könnte. (Mit ähnlicher Begründung wurde 1992 das undistanziert zitierte Unwort des Jahres 1992 „ethnische Säuberung“ gewählt).

Diese Begriffsbildung ist auf doppelte Weise zynisch: Zum einen heroisiert sie ein extremistisches und gewalttätiges Sektierertum als „national“ (was selbst national Gesinnten zuwider sein müsste), zum anderen gibt sie die Verfolgung von Menschen als „Befreiung“ aus und liegt damit auf einer Linie mit dem Unwort des Jahres 1991, „ausländerfrei“, das dem Unwort „judenfrei“ nachgebildet war. Die Variante „zeckenfreie Zone“ setzt Menschen mit Ungeziefer gleich (vgl. H.D. Schlosser, Lexikon der Unwörter, Gütersloh 2000, S. 72 und 87).

Weitere Kandidaten waren: „überkapazitäre Mitarbeiter“ (Reduzierung von zu entlassenden Arbeitnehmern auf rein betriebswirtschaftliche Größen), „Separatorenfleisch“ (seriös klingende, bei BSE-Verdacht besonders unangemessene Bezeichnung von Schlachtabfällen), „Dreck weg!“ (CDU-Parole in Darmstadt, die sich auch gegen „missliebige“ Menschen richtete)

Unwort des Jahres 2001: „Gotteskrieger“

Diese Selbst- und Fremdbezeichnung der Taliban- und El Qaeda-Terroristen wird oft von den Medien unkritisch übernommen. Besonders der Gebrauch in akustischen Medien lässt oft die Distanz zu diesem pseudoreligiösen Anspruch vermissen. Kein Glaube an einen Gott, gleich welcher Religion, kann einen Krieg oder gar Terroranschläge rechtfertigen.

Weitere Kandidaten waren: „Kreuzzug“ (pseudoreligiöse Verbrämung kriegerischer Vergeltungsmaßnahmen; US-Präsident George W. Bush), „Topterroristen“ (verharmlosende und positivierende Benennung von Osama bin Laden), „therapeutisches Klonen“ (zweifelhafte Wortzusammenstellung um Manipulationen am menschlichen Erbgut gegen Krankheiten/für Therapien in nicht absehbarer Zeit zu rechtfertigen), „Gewinnwarnung“ (von Aktionären verwendeter sachlich falscher Begriff, der vor geringeren Gewinnen als erwartet warnt)

Unwort des Jahres 2002: „Ich-AG“

Diese Wortbildung aus dem „Hartz-Papier“ leidet bereits sachlich unter lächerlicher Unlogik, da ein Individuum keine Aktiengesellschaft sein kann. Selbst als ironisches Bild ist das Wort nicht hinzunehmen, da sich die aktuelle Arbeitslosigkeit mit solcher Art von Humor kaum noch verträgt. Ausschlaggebend für die Wahl war aber die Herabstufung von menschlichen Schicksalen auf ein sprachliches Börsenniveau. Ich-AG ist damit einer der zunehmenden Belege, schwierige soziale und sozialpolitische Sachverhalte mit sprachlicher Kosmetik schönzureden.

Weitere Kandidaten waren: „Ausreisezentrum“ (Behördenterminus für Sammellager, aus denen abgewiesene Asylanten abgeschoben werden), „Zellhaufen“ (Sprachliche Verdinglichung von Biotechnikern für einen menschlichen Embryo)

Unwort des Jahres 2003: „Tätervolk“

Anlass der Kritik war der Gebrauch dieses Wortes in der umstrittenen Rede des Bundestagsabgeordneten Hohmann. Dieser Begriff ist schon grundsätzlich verwerflich, da er jeweils ohne jede Ausnahme ein ganzes Volk für die Untaten kleinerer oder größerer Tätergruppen verantwortlich macht, also den Vorwurf einer Kollektivschuld erhebt. Die Verbindung dieses Begriffs mit „den“ Juden zumal ist ein aktueller Beleg für den immer noch wirkenden Antisemitismus. Bereits im religiösen, antijudaistischen Ursprung dieser Einstellung wurde das Volk der Juden kollektiv für den Tod Jesu Christi verantwortlich gemacht und sogar als „Gottesmörder“ gebrandmarkt.

Weitere Kandidaten waren: „Angebotsoptimierung“ (Beschönigung des Verringerns von Dienstleistungen, etwa Stilllegung von Bahnstrecken, Abbau von Briefkästen), „Abweichler“ (Diskriminierung von Bundestagsabgeordneten, die Gewissensentscheidung über Fraktions-/Koalitionszwang stellten)